

er so gut wie gar nicht vorbehaftet war, acht Tage Gefängnis wegen — „Beischimpfung der protestantischen Kirche“. Der Staatsanwalt hatte sogar 14 Tage beantragt. Die Strafe hat der Verurteilte auch abgelehnt. Der Kandidat der evangelischen Theologie, jetziger Pfarrer Reichardt in St. Johann, welcher im Jahre 1891 wegen schwerer Beleidigung des Bischofs von Trier zu mehrwöchigen Gefängnis verurteilt war, wurde zu einer Geldstrafe begnadigt. Auch hier kann das Urteil dem Leser ruhig überlassen werden.

— Zwischen Deutschland und Frankreich sind wegen gewisser, deutscherseits gewünschter Abänderungen des Vertrages über literarisches Eigentum Verhandlungen im Gange.

— Nach dem Gewährsmann des Hbg. Erzberger ruft die „Deut. Tagesztg.“: man muß annehmen, daß das Blatt nicht mehr richtig lesen kann, wie der Hbg. überhaupt blind macht. Wir haben kürzlich die Schilderung der „N. W. W. Korresp.“ wiedergegeben und dieser nicht widersprochen, sondern nur bezüglich der Mitteilung unter Discretion eine Gegenbemerkung gemacht! Daraus kann jeder denkende Mensch schließen, daß im übrigen die Mitteilung dieser Korrespondenz zutreffend ist. Aber die „Deut. Tagesztg.“, die Herrn v. Pöbelski auch als Genossenschaftler von Tzipelstich & Co. verteidigt, ist eben vom politischen Star befallen.

— Eine Konferenz der christlichen Gewerkschaften wurde am 1. Oktober in Erfurt abgehalten. Vertreten waren über 40 Delegierte von diesen Organisationen aus den verschiedensten Städten Deutschlands. Der Vorsitzende Franz Behr-Essen hielt ein Referat über den engeren Zusammenschluß aller auf nationalem Boden stehenden Gewerkschaften; er vertrat die mit Beifall angenommene Ansicht, daß der konfessionelle Unterschied im Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner wegzufallen müsse. Es wurde beschlossen, zwecks reger Agitation in Sachsen und Thüringen einen Sekretär angustellen, der in Erfurt seinen Wohnsitz haben soll.

Die Anti-Duell-Liga hält, wie bereits mitgeteilt wurde, ihre diesjährige Generalversammlung am Sonntag den 7. Oktober, nachmittags 5 Uhr, in Hannover (Aula der Hochschule) ab. In der öffentlichen Sitzung sprechen unter anderem die Herren Pastor Lehmann aus Homburg über das Duell in sozialer Beziehung, Dr. med. Kolb aus Larmstadt über Ehrenräte und Ehrengerichte, Pastor Klapp aus Hamburg über Ehre, Staatsanwalt Helm aus Stuttgart über die Notwendigkeit des Anschlusses aller Gewinnungsgenossen an die Liga, damit sie ihre durch die Satzungen gestellten Aufgaben erfüllen könne. Nach den Reden ist freie Diskussion über die Fragen, welche Ehre, Duell und Liga betreffen. Auch Gegner der Anschlüsse der Liga können teilnehmen und ihre Ansichten vertreten. Insbesondere sind alle Gewinnungsgenossen, die noch nicht Mitglieder der Liga sind, willkommen.

— Zu dem als „neue römische Herausforderung“ des Papstes und des Vatikans aufgeschauften bekannten Artikel des römischen Mattes „Vera Roma“ schreibt die „Germania“: „Der Papst und „der Vatikan“ haben mit der abgemessenen und freiden Leistung des römischen Mattes zweifellos ebenbürtig etwas zu tun, wie der Kaiser und die deutsche Regierung mit den antiastronautischen Leistungen der Presse des Evangelischen Bundes. Das wissen die biedereren Blätter, die so viel sittliche Entrüstung zur Schau tragen, auch ganz genau. Ohne die geringste Geistesanstrengung hätten sie schon zu der Einsicht kommen müssen, daß der „Vatikan“ nicht so unglaublich dumm sein werde, so etwas schreiben zu lassen. Sie sind doch sonst überzeugt, daß eine unheimliche Menge Klugheit im Vatikan steck. Auch aus der Bemerkung über die „Germanisationspolitik des Zentrums“ in Elsaß-Lothringen konnten sie entnehmen, mit was für einem kundigen Arbeiter sie es in der „Vera Roma“ zu tun hatten.“

— Zur neuen Einkommensteuer, die bekanntlich das Zentrum zum Vorstoß und zur Annahme gebracht hat, sind folgende Zahlen von Interesse. Die Dividende der Nähmaschinenfabrik Karlsruhe soll für das letzte Jahr 17 Prozent betragen, 1 Prozent mehr als im Vorjahre. — Die Kraftfahrzeugfabrik A. G. Berlin hat eine Dividende von 12 Prozent in Aussicht genommen. — Wiederrum 12½ Prozent bringen die Vereinigten Bleifabrikanten Nürnberg zur Verteilung. — Von 6 auf 8 Prozent erhöhte sich die Dividende der Meißnerfabrik vorm. Joh. Zuber A. G. —

Der Aufsichtsrat der Görlitzer Maschinenfabrik befragt, 8 Prozent Dividende auszuschütten, gegen 5 Prozent im Vorjahre. — Die Viktorienwerke Nürnberg wollen diesmal 8 Prozent Dividende herausbringen, im Vorjahre betrug die Dividende 6 Prozent. — Die Aktionäre der Gladbacher Kollindustrie erhalten für das letzte Jahr 14 Prozent, im Vorjahre mußten sie sich mit 12 Prozent bescheiden. — Von 7 auf 8 Prozent stieg die Dividende der Süddeutschen Drahtindustrie A. G. in Mannheim-Baldhof. — Die Tonindustrie A. G. in Trebbin bei Köln gibt 15 Prozent, gegen 12 Prozent für 1904/1905. — Die Papierfabrik der Fabrik für Eisenindustrie A. G. in Garpe, die im Vorjahre keine Dividende erhielten, bekommen diesmal 8 Prozent. — Eine Dividende in gleicher Höhe wie im Vorjahre, 14 Prozent, wird der Eckweiler Bergwerksverein ab. — Die Sozialdemokraten haben bekanntlich in der Kommission gegen die Einkommensteuer gestimmt und sind erst im Plebnum ungetan.

— Das sogenannte „Weinparlament“ tritt, wie wir erfahren, am 8. November in Berlin zusammen. Die Dauer der Konferenz ist auf 3 Tage berechnet. Die Entscheidungen zu diesem Weinparlament gehen nicht vom Reichsgesundheitsamt aus, sondern von den einzelstaatlichen Regierungen. Die Sachverständigenkreise müssen sich also an die Regierungen ihres Landes wenden.

Den Anstoß verloren hat der radikale Ebergensso Mehring; der „Vorwärts“ ist schon eingeschwenkt in die neue Richtung. Ganz so weit hat sich Mehring „Leipziger Volkszeitung“ noch nicht durchgemauert, sie schimpft zunächst weidlich auf Legien und sagt dann von Bebel: „Was die Massenstreikfrage im eigentlichen Sinne des Wortes anbelangt, so befand sich Genosse Bebel in einer gewissen Zwangslage. Wir sind weit entfernt, diejenigen Genossen zu tadeln, die in der preussisch-sächsischen Wahlbewegung auch die Möglichkeit eines Massenstreikes ins Auge gefaßt haben; es wäre sogar natürlich gewesen, wenn in einem mit voller Eingebung geführten Kampfe nicht die Hoffnungen erwacht wären, die über das zunächst erreichbare Ziel hinausgeschweift wären, und es war hiulänglich dafür gesorgt, daß diese Wanne nicht in den Himmel wachse. Aber das Gerede, das kurz vor dem Parteitage von der Gruppe Braun-Eisner-Stamper-Maurenbrecher angestellt wurde, das Gerede von dem Verlangen nach dem Massenstreik, das in der preussisch-sächsischen Wahlbewegung mit revolutionärer Gewalt aus den Massen hervorgebrochen und dann vom Parteivorstand „gebremst“ worden sei, mußte gründlich abgetan werden, wenn es nicht Unheil stiften sollte, und so war Bebel gezwungen, die Hindernisse, die in Deutschland einem Massenstreik im Wege stehen, mit einer Schärfe zu betonen, die einen gewissen Gegensatz zu seiner Rede in Jena zu bilden schien.“ Man sieht, der gute Wille, sich auch die vom Parteitag befohlene neue Ueberzeugung anzuschaffen, ist auch hier vorhanden, aber die Elastizität nicht, sich nach Wunsch zu beugen und zu drehen.

#### Oesterreich-Ungarn.

— Der Wahlreformauschuss legte am 3. d. M. die Verhandlung über den Antrag Hollinger betreffend das Pluralwahlrecht fort. Ministerpräsident Freiherr v. Beck betonte, wenn auch die im Antrag vorgesehenen Pluralitätsmomente zweifellos gewisse Vorzüge besitzen, so könne doch überhaupt von irgend einem Pluralwahlrecht eine einheitliche Wirkung oder ein nennenswerter Einfluß auf das Wahlergebnis kaum erwartet werden. Anders stünde es allerdings, wenn die Schaffung eines Pluralwahlrechtes gelingen würde, das die Grundlagen unverfehrt ließe, dabei aber doch klare politische heilsame Effekte erzielte. Die Regierung vermochte trotz gründlicher Bemühungen ein solches Pluralwahlrecht nicht zu finden. Auch der vorliegende Antrag entspreche nicht den Anforderungen, die an das Mehrstimmensystem gestellt werden müßten. Sollte der Ausschuss indessen über einen Antrag schlüssig werden, der sich als ein die Fertigstellung des Werkes förderndes Kompromiß der Parteien darstelle, so würde die Regierung einer solchen Ergänzung der Reform nicht hinderlich im Wege stehen, nur dürfte die Reform nicht zu einer Verschärfung des nationalen Kampfes dienen, sondern müßte vielmehr zur Entwaschung der sozialen und nationalen Parteien beitragen und ein Friedenswerk sein und bleiben.

— Die gemeinsamen Angelegenheiten und der Ausgleich. Die am Sonnabend unter dem Vorsitze des Grafen Goludowski stattgefundene gemeinsame Ministerkonferenz

erledigte das gemeinsame Budget für 1907, nach welchem als letzte Rate für die Beschaffung der neuen Feldgeschütze 40 Millionen im außerordentlichen Erfordernis beansprucht werden dürften. Ueber die Vorlage eines Flottenplanes verläutet leider noch nichts. Die Delegationen werden sich Ende November versammeln. — Ganz abenteuerlich klingt, was das „Prager Tageblatt“ über die angeblich leitenden Ideen, die dem Ausgleich mit Ungarn zu Grunde gelegt und seine Passiv bilden sollen, zu melden weiß: „Das Wesen des in Verhandlung stehenden Ausgleichskompromisses drehe sich nur darum, den Handelsvertrag, der im Jahre 1917 erneuert und bis zum Jahre 1923 lauten wird, zum Preise für eine Festlegung des Ausgleiches auf die Dauer von 22 Jahren, also von 1907 bis Ende 1929 zu machen. Der nächst abzuschließende Handelsvertrag“ (also nicht Handelsabkommen wie bisher!) mit Ungarn soll, ohne den Begriff der Zwischenlinie festzuhalten doch eine wesentliche Differenzierung der Zölle mit sich bringen und gerade man an 10 Prozent bei gewissen Artikeln. Es ist klar, daß dieses einem Reichbegünstigungsvertrage ähnliche Instrument eine Paragrafenreihe von Begünstigungen für die jeweilige Reichshälfte sein wird; aber diesem Projekte stehen noch sehr große Schwierigkeiten entgegen, einmal die, daß gegenüber einem solchen Handelsvertrage auch die anderen interessierten Staaten gehört werden müssen und zweitens die Verzehrungssteuerfrage. In der letzteren soll angeblich ebenfalls ein Ausweg gefunden worden sein. Die größten Schwierigkeiten werden aber wohl später in Erscheinung treten; das Ausgleichswerk soll als erste große Aufgabe den neuen Reichsrat beschäftigen.“ Dieser Plan eines 22-jährigen Ausgleiches mit einem Begünstigungstarif für die ungarische Industrie besteht bisher wohl nur in der Phantasie der ungarischen Koalition. Wir können uns keine österreichische Regierung vorstellen, die heute noch dergleichen zu machen verstände. Diese Art des Ausgleiches wäre gewissermaßen eine 22-jährige, auf österreichische Kosten und mit österreichischer Hilfe betriebene Konstruktionsarbeit für den selbständigen magyarischen Staat. So etwas schließt nicht einmal das alte Haus, geschweige denn das kommende. Ueberhaupt malt der Plan die Verlegenheiten der magyarischen Koalition, die mit der Verwirklichung der angeblichen Ideale, wegen deren sie das Land durchwühlten, sich jetzt noch lange nicht an die Sonne trauen und dafür noch fast ein Menschenalter geschenkt bekommen möchten. Man wird sie aber zu einer definitiven Entscheidung zwingen müssen. Es geht nicht an, daß die Monarchie immer nur ratenweise Lebensverlängerungen aus Gnade erhält.

#### Italien.

— Unter dem Eindruck der kroatischen Ausschreitungen von Zara und Fiume ist eine Verschlechterung der italienischen Stimmung gegenüber Oesterreich eingetreten. Die amtlichen Kreise und die offiziöse Presse betonen nach wie vor die Notwendigkeit eines guten Einvernehmens mit Oesterreich und die Richtigkeit des Bundesverhältnisses. Aber ein sehr großer Teil der einflussreichen Presse behandelt mit auffälliger Unerblichkeit die Frage einer als wahrscheinlich betrachteten baldigen Wenderung in der politischen Konstellation, sei es als Folge eines Thronwechsels in Oesterreich-Ungarn, sei es als Ergebnis der Bemühungen der Weltmächte, Italien immer mehr in den Kreis ihrer Sonderbestrebungen hineinzuziehen.

— Die Preisverteilung der Mailänder Ausstellung ist beendet, jedoch werden noch einige Tage bis zur Veröffentlichung der Liste der Ausgezeichneten vergehen. Auf 475 deutsche Aussteller sind 485 Preise gefallen, darunter 171 große Preise, auf 137 österreichische 112 Preise, darunter 41 große Preise, auf 537 schweizerische 228 Preise, darunter 75 große. Für die wichtigsten anderen Nationen sind die Ziffern folgende: Italien 3995 Aussteller, 3260 Preise, 335 große Preise; Frankreich 3493, 3480, 452; Belgien 688, 484, 159; England 295, 228, 75; Ungarn 57, 35, 25. Die Preise sind in fünf Klassen geteilt: große Preise, Ehrenpreise, goldene, silberne und bronzene Medaille. Sämtliche deutsche Aussteller haben in der Lokomotiv- und Wagonabteilung große Preise erhalten.

#### Frankreich.

— Ueber die Führer der „katholischen“ Liga, die den Weisungen des Papstes entgegen Kultusgesellschaften gegründet haben, bringen die Pariser Blätter noch bemerkenswerte Einzelheiten. Unter den 36 Mitgliedern der Liga

steht hier in der Tat eine ernste Gefahr für das Familienleben vor, ein Stück Vorbereitung für den Zukunftsstaat mit seiner Modernematerialität. Das Dienstmädchen, das mit der Familie Wohnung und Tisch teilt, ist noch die letzte Säule des alten patriarchalischen Verhältnisses zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer. Es gibt zahlreiche Familien, wo eine geachtete Haushaltung kaum möglich ist ohne die Hilfe eines mitwohnenden Mädchens; vor allem brauchen die reich mit Kindern gesegneten Mütter eine Hüterin, die nicht bloß auf Stunden zu einer bestimmten Zeit kommt, sondern dauernd für den Bedarf zur Hand ist. Wenn diese Familien überhaupt kein brauchbares Mädchen mehr bekommen können, dann werden wir in den deutschen Städten zu ähnlichen Sitten kommen, wie sie z. B. in Paris üblich sind, daß man den kleinen Nachwuchs zu fremden Leuten in Pflege gibt.

Nach in anderer Hinsicht wird das Familienleben gefährdet. Die Dienstmädchen lernen doch immer noch etwas von Haushaltung, Kochen und Kinderpflege. Zwar ist diese hauswirtschaftliche Schule nicht immer vorzüglich und paßt auch nicht in allem zu der künftigen Lebensstellung eines einfachen Mädchens. Aber bei allen Mängeln bleibt doch viel Brauchbares hängen, und jedenfalls hat ein Arbeiter oder Handwerker, der ein Dienstmädchen freit, viel mehr Aussicht auf einen gerügten Haushalt, als der Bräutigam einer Fabrikarbeiterin, die vom Kochen, Waschen, Fegen, Wischen, Stopfen und Kinderwappeln so viel versteht, wie die Kuh vom Käse. In den Mädchenhäusern wird jetzt immer mehr der Hausaltungsunterricht eingeführt; das ist sehr loblich und verdient alleseitige Förderung. Aber erstens ist die Einrichtung noch lange nicht allgemein, und zweitens kann er immer nur eine Grundlage geben für die weitere praktische Schulung nach dem Eintritt ins Leben.

Vorläufig erleidet die Ausbildung der künftigen Hausfrauen und Mütter einen schweren Schaden, wenn die Zahl der Dienstmädchen noch weiter zusammenschrumpft.

Warum wollen denn die Mädchen nicht mehr „dienen“? Die Heber sagen, das liegt nur an der Rechtslosigkeit und an der Schlechtigkeit der Herrschaften. Nun ist aber zur Zeit in Berlin und, wie ich glaube, auch in den meisten anderen Städten die Lage so, daß ein halbwegs brauchbares Dienstmädchen sich gar nichts gefallen zu lassen braucht. Sie hat die Auswahl. Wenn sie den häuslichen Dienst, auch den besten, trotzdem verläßt, so müssen die Ursachen wohl etwas tiefer liegen. Es wirken da besonders zwei Momente mit. Einerseits die Habgier der Angehörigen oder auch fremder Schmarotzer, die das Mädchen veranlassen, seine Arbeitskraft in Fabriken oder Kaufgeschäften oder in Heimarbeit gegen Geldlohn zu vertieren, damit sie an diesem baren Gelde ihren Anteil haben. Andererseits die ungeliebte Sucht der Mädchen nach einem „freien“ Leben, d. h. nach der Möglichkeit, abends und am Sonntag den Vergnügen nachzugehen. Diese Triebkräfte wirken so stark, daß z. B. in Berlin auch die fortgesetzte starke Einwanderung von ländlichen Mädchen der Dienstbotennot nicht abhelfen kann. Die zunächst einen Dienst angenommen haben, werden bald „weg gemacht“, sei es von den Frauen aus dem Hinterhaus, sei es von Fremddinnen und Fremden, die sie auf dem Tanzboden gefunden. Das „freie Leben“ wird ihnen so verführerisch dargestellt, daß sie bald umstatten und von den bösen Schwestern ihrer Herrschaft fortlaufen, um sich in Hungerleiderlei mit ungehindertem Liebesverkehr zu stürzen.

Darum möchte ich auch dringend bitten, daß keine Lehrerin diese Schilderung als einen Auf nach Berlin betrachten wolle. Man hat mir auch schon gesagt: „Lassen Sie sich doch ein treues Dienstmädchen aus Ihrer Heimat kommen, das

Reisegeld macht ja nichts aus.“ Freilich, das Reisegeld wäre wohl zu wagen, aber nicht die Verantwortlichkeit. Das allerbeste Mädchen ist nicht gesichert, wenn es den Schwägern und Verführern in die Hände kommt, die hier umhergehen wie verkappte Teufeln, um die Unersahenen zu betören. Dagegen kann die allerbeste Hausfrau nicht aufkommen, und wenn sie das Mädchen wie ihre eigene Tochter behandelt.

Was soll denn nun geschehen, um dem Uebel abzuhelfen? Als wir kürzlich diese Frage besprachen, meinte ein Menschenfreund, die Herrschaften müßten den Dienstboten mehr Gemütslichkeit bieten, mehr Ansehen an die Familie, damit die Mädchen nicht einsam in ihrer Küche oder Kammer sich langweilen. Darauf sagte ein Zweifler: „Die große Masse will gar nichts wissen von Familienanschluss und gemütslichem Verkehr; sie betrachten alles, was wie Benützung aussieht, als ein Attentat auf ihre Freiheit und Würde.“ Der Dritte meinte, das gewöhnliche Dienstmädchen werde überhaupt allmählich aussterben, zunächst in den Städten, und dafür würde dann das System der „Aushilfsfrauen“, die auf Stunden kommen und gehen, immer mehr Platz greifen. Aber wie sollen sich dann diejenigen Hausfrauen helfen, die unbedingt eine weibliche Hilfe fortwährend im Hause haben müssen, namentlich bei kleinen Kindern? Darauf wußte niemand etwas Befriedigendes zu sagen. Jaghaft bemerkte nur einer, ob man nicht vielleicht aus den etwas besser erzogenen Mädchen sich Hausgehilfinnen heranziehen könne, die geneigt und befähigt wären zum vollen Familienanschluss. Also eine Ausbildung des Systems der „Stützen der Hausfrau“? Dieser Name steht nicht überall im guten Geruch; aber die Sachverständigen können ja mal erwägen, ob sich aus dieser alten Stube neue Blüten erzielen lassen.